

Rüsselsheim, den 05.10.2020

NIEDERSCHRIFT

der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung

vom Donnerstag, den 10.09.2020 um 18:00 Uhr

„A“

TOP 1 Genehmigung der letzten Niederschrift

Gegen die Niederschrift über die letzte Sitzung der Stadtverordnetenversammlung werden keine Einwände erhoben. Sie wird einstimmig genehmigt.

TOP 2 Antrag zur Verweisung:

**a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.07.2020 - Antrag Nr. 76
- Schulsozialarbeit**

Der vorliegende, dem Protokoll in der Anlage beigefügte Antrag zur Verweisung:

a) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.07.2020 – Antrag Nr. 76 – Schulsozialarbeit

wird einstimmig an den Magistrat zur weiteren Bearbeitung verwiesen, gemäß Beschlussempfehlungen des Sozial-, Integrations- und Jugendausschusses sowie des Kultur-, Schul- und Sportausschusses.

TEIL I

TOP 3 Ergänzende Beschlussfassung zum Schulentwicklungsplan für die Schulen der Stadt Rüsselsheim am Main DS 640/16-21 Schulentwicklungsplan für die Schulen der Stadt Rüsselsheim am Main 2019 - 2024 DS-Nr. 729/16-21

Zur DS 729/16-21 – Ergänzende Beschlussfassung zum Schulentwicklungsplan der Stadt Rüsselsheim am Main; Bezug: DS 640/16-21 Schulentwicklungsplan für die Schulen der Stadt Rüsselsheim am Main 2019 – 2024 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffer A. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses.

**TOP 4 Jahresbericht 2019 Kommunale Seniorenarbeit
Bericht des Magistrates zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 733/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Jahresbericht 2019 Kommunale Seniorenarbeit – DS 733/16-21 – zur Kenntnis.

**TOP 5 Jahresbericht 2019 - Kommunale Jugendarbeit
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 737/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Jahresbericht 2019 der kommunalen Jugendarbeit – DS 737/16-21 – zur Kenntnis. Der Gesamtbericht setzt sich zusammen aus dem Bericht der kommunalen Jugendförderung (Anlage 1) und dem Bericht des Vereins Auszeit im Kreis Groß-Gerau e.V. (Anlage 2).

**TOP 6 Ergebnisbericht 2019 der Interkommunalen Friedhofsverwaltung der Städte
Kelsterbach, Raunheim und Rüsselsheim am Main
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 732/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Ergebnisbericht 2019 der Interkommunalen Friedhofsverwaltung der Städte Kelsterbach, Raunheim und Rüsselsheim am Main – DS 732/16-21 – zur Kenntnis.

**TOP 7 Tätigkeitsbericht KOMPASS (KommunalProgrammSicherheitsSiegel)
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 736/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Tätigkeitsbericht KOMPASS (KommunalProgrammSicherheitsSiegel) – DS 736/16-21 – zur Kenntnis (Anlage 1).

**TOP 8 Kostenüberwachung von größeren Projekten
hier: Bericht über Kosten- und Terminentwicklung der laufenden Projekte
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 745/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Bericht zum Stand der Kosten und Termine der laufenden größeren Projekte für das 2. Quartal 2020 – DS 745/16-21 – zur Kenntnis.

**TOP 9 Finanzbericht 1. Halbjahr 2020
Bericht des Magistrates zur Kenntnisnahme
DS-Nr. 751/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die DS 751/16-21 – Finanzbericht 1. Halbjahr 2020 – wie folgt zur Kenntnis:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Finanzbericht für das 1. Halbjahr 2020 zur Kenntnis.
2. Sie nimmt auch zur Kenntnis, dass nach dem derzeitigen Erkenntnisstand der Ergebnishaushalt mit einem ordentlichen Defizit in Höhe von rd. 11,0 Mio. € abschließen

wird.

3. Es wird weiterhin zur Kenntnis genommen, dass die Vorgaben aus dem Kommunalen Schutzschild für alle Kommunen zum 31.12.2019 aufgehoben wurden.

**TOP 10 Zwischenbericht zur neuen Internetseite www.ruesselsheim.de / www.stadt-ruesselsheim.de
Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme
Bezug: DS 575/16-21 Neue Internetseite www.ruesselsheim.de / www.stadt-ruesselsheim.de;
DS 487/16-21 E-Government und Digitalisierung
DS-Nr. 754/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die DS 754/16-21 – Zwischenbericht zur neuen Internetseite www.ruesselsheim.de / www.stadt-ruesselsheim.de – Bericht des Magistrats zur Kenntnisnahme; Bezug: DS 575/16-21 Neue Internetseite www.ruesselsheim.de / www.stadt-ruesselsheim.de; DS 487/16-21 E-Government und Digitalisierung – wie folgt zur Kenntnis:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. aufgrund des Corona-Virus die Arbeiten an der Konzeption der neuen Internetseite nicht wie geplant voranschreiten konnten und es zu einem Zeitverzug von sechs Monaten kommt.
2. die für das HH-Jahr 2020 bewilligten Finanzmittel auf den HH 2021 übertragen werden.

**TOP 11 Betreff: Verbindliche Bauleitplanung
Bebauungsplanverfahren Nr. 150, „Nördliche Löwenstraße“, Teilbereich 1
Hier: Entscheidung über Anregungen gem. § 3, § 4 BauGB und
Satzungsbeschluss
gem. § 10 BauGB
DS-Nr. 743/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 743/16-21 – Verbindliche Bauleitplanung – Bebauungsplanverfahren Nr. 150, „Nördliche Löwenstraße“, Teilbereich 1; Hier: Entscheidung über Anregungen gem. § 3, § 4 BauGB und Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses.

**TOP 12 Parkschule, Umbau zur Grundschule, Frankfurter Straße 54, 65428
Rüsselsheim am Main
hier: Grundsatzbeschluss zum weiteren Vorgehen
DS-Nr. 744/16-21**

Zur DS 744/16-21 – Parkschule, Umbau zur Grundschule, Frankfurter Straße 54, 65428 Rüsselsheim am Main; hier: Grundsatzbeschluss zum weiteren Vorgehen – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffer I. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern II.1. bis II.4. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses.

**TOP 13 Winterdienst / Straßenreinigung
Bezug: Haushaltsbegleit Antrag Nr. 70 der WsR-Fraktion vom 19.02.2018
DS-Nr. 741/16-21**

Zur DS 741/16-21 – Winterdienst / Straßenreinigung; Bezug: Haushaltsbegleit Antrag Nr. 70 der WsR-Fraktion vom 19.02.2018 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern I.1) bis I.5)

zur Kenntnis und beschließt die Ziffer II. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses.

TOP 14 Gemeinsamer Betrieb einer „Innenstadtwatch“ durch Stadt- und Landespolizei
Bezug: Antrag Nr. 43 der CDU-Fraktion vom 29.04.2019
DS-Nr. 748/16-21

Zur DS 748/16-21 – Gemeinsamer Betrieb einer „Innenstadtwatch“ durch Stadt- und Landespolizei; Bezug: Antrag Nr. 43 der CDU-Fraktion vom 29.04.2019 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. und A.2. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 15 Sicherheit erhöhen durch mehr Polizeistreifen
Bezug: Antrag Nr. 48 der SPD-Fraktion vom 14.05.2019
DS-Nr. 749/16-21

Zur DS 749/16-21 – Sicherheit erhöhen durch mehr Polizeistreifen; Bezug: Antrag Nr. 48 der SPD-Fraktion vom 14.05.2019 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.3. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 16 Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in Rüsselsheim am Main
Ausstattung der Stadtpolizei und des Ordnungsamtes
Bezug: Antrag Nr. 65 der CDU-Fraktion vom 15.10.2019
DS-Nr. 750/16-21

Zur DS 750/16-21 – Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in Rüsselsheim am Main – Ausstattung der Stadtpolizei und des Ordnungsamtes; Bezug: Antrag Nr. 65 der CDU-Fraktion vom 15.10.2019 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. und A.2. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 17 Kultur123 Stadt Rüsselsheim; Jahresabschluss 2019
DS-Nr. 752/16-21

Zur DS 752/16-21 – Kultur123 Stadt Rüsselsheim; Jahresabschluss 2019 – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. bis A.4. zur Kenntnis und beschließt die Ziffer B. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 18 220. Vergleichende Prüfung „Kultur“
DS-Nr. 753/16-21

Zur DS 753/16-21 – 220. Vergleichende Prüfung „Kultur“ – nimmt die Stadtverordnetenversammlung die Ziffern A.1. und A.2. zur Kenntnis und beschließt die Ziffern B.1. bis B.7. einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TOP 19 Änderung der Verbandssatzung des Abwasserverbandes Rüsselsheim/Raunheim
DS-Nr. 730/16-21

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 730/16-21 – Änderung der Verbandssatzung des Abwasserverbandes Rüsselsheim/Raunheim – einstimmig gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**TOP 20 Benennung von Mitgliedern des Personalrats für die Betriebskommission des Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim
DS-Nr. 755/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 755/16-21 – Benennung von Mitgliedern des Personalrats für die Betriebskommission des Eigenbetriebes Kultur123 Stadt Rüsselsheim – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**TOP 21 Nachwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss für die Wahlperiode 2016 - 2021
hier: Stellvertretung für die CDU-Fraktion
DS-Nr. 756/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 756/16-21 – Nachwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss für die Wahlperiode 2016 – 2021; hier: Stellvertretung für die CDU-Fraktion – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

**TOP 22 Nachrückerinnen und Nachrücker der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Schulkommission
DS-Nr. 757/16-21**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die DS 757/16-21 – Nachrückerinnen und Nachrücker der SPD-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen in der Schulkommission – einstimmig, gemäß Beschlussempfehlung des Haupt- und Finanzausschusses.

TEIL II

**TOP 23 Verbindliche Bauleitplanung - Rüsselsheim 2020, Maßnahmen Nr. 24-29 Standortentwicklung der Adam Opel AG
Bebauungsplanverfahren Nr. 144 „Opel Forum Rüsselsheim – Motorworld“
Hier: Entscheidung über die Anregungen gemäß § 3, § 4 BauGB und Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
DS-Nr. 742/16-21**

Zur DS 742/16-21 liegen folgende fünf Anträge der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vor, die dem Protokoll in der Anlage beigefügt sind:

1. Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 30.08.2020 -
Thema Bauanträge
2. Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 30.08.2020 -
Thema Denkmalschutz
3. Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 30.08.2020
Thema Fassadenbegrünung
4. Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 30.08.2020 -

Thema Durchgang zur Hoffläche

5. Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 30.08.2020 Thema Städtebaulicher Vertrag

Zum Antrag 1.) der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität – Thema Bauanträge – teilt Herr Stadtrat Kraft mit, dass die Stadt Rüsselsheim als Bauaufsichtsbehörde eine Aufgabe des Landes Hessen wahrnimmt. Es kann somit weder eine Weisung noch eine Rücknahme hierzu erfolgen.

Herr Oberbürgermeister Bausch teilt ergänzend mit, dass es sich bei Bauanträgen um keine Selbstverwaltungsangelegenheit handelt. Die gesetzlichen Zuständigkeiten sind klar geregelt in der Hess. Gemeindeordnung (HGO) sowie in der Hess. Bauordnung (HBO).

Herr Stadtv. Vorsteher Grode teilt abschließend mit, sollte dieser Antrag eine Mehrheit bekommen, dann müsste seitens des Oberbürgermeisters Widerspruch eingelegt werden und eine rechtliche Prüfung erfolgen.

Herr Stadtv. Krug erklärt, dass seine Fraktion trotz der dargelegten rechtlichen Situation diesen Antrag aufrechterhält.

Des Weiteren liegen folgende Fragen der Fraktion WsR vom 09.09.2020 zur Beantwortung vor:

1. Würde die Änderung des Begründungstextes des B-Planes eine erneute Auslegung notwendig machen?
2. Behält der Städtebauliche Vertrag bei einem Weiterverkauf des Altwerks seine Gültigkeit und wird auf den neuen Eigentümer übertragen?

Diese Fragen werden von Herrn Stadtrat Kraft beantwortet.
Die Antworten sind dem Protokoll in der Anlage beigefügt.

Abstimmung über den Antrag 1. der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 30.08.2030 – Thema Bauanträge:

Der Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:

„Sämtliche Bauanträge für den Geltungsbereich von B-Plan 144 sind der Stadtverordnetenversammlung zur Debatte und Entscheidung vorzulegen.“

wird mit 38 Nein-Stimmen und 5 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Abstimmung über den Antrag 2. der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 30.08.2020 – Thema Denkmalschutz:

Herr Stadtv. Tollkühn und Frau Stadtv. Schmitz-Henkes beantragen Einzelabstimmung zu den jeweiligen Antragspunkten.

Punkt 1.):

Punkt 1.) des Antrages der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:

„1.) In den Begründungstext (Anlage 3) und den städtebaulichen Vertrag (Anlage 5) werden die folgenden Formulierungen aufgenommen:

- a) Die vom Denkmalschutzamt 2006 als Einzeldenkmal oder als prägend für die Gesamtanlage gekennzeichneten Gebäude dürfen weder in der Gebäudestruktur noch in der Außenansicht wesentlich geändert oder gar abgerissen werden.*
- b) Der gemäß der aktualisierten Bewertung des Denkmalschutzamts als Teil der*

denkmalgeschützten „Sachgesamtheit Opel-Altwerk“ zu betrachtende Hochbunker D20 ist angesichts seiner historischen Bedeutung zu erhalten.“

wird mit 38 Nein-Stimmen bei 5 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Punkt 2.):

Punkt 2.) des Antrages der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:

„2.) Die Kennzeichnung der vom Denkmalschutzamt 2006 als Einzeldenkmal oder als prägend für die Gesamtanlage gekennzeichneten Gebäude mittels

D

Einzelanlagen, die dem Denkmalschutz unterliegen (Kulturdenkmal)

im Sinne des § 9 (6) BauGB ist in die Planzeichnung (Anlage 2) wieder aufzunehmen.“

wird mit 38 Nein-Stimmen bei 5 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Punkt 3.):

Punkt 3.) des Antrages der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:

„3.) Die im Begründungstext (Anlage 3), Abschnitt 3.3.2.2 verbliebene Formulierung „Da die innerhalb dieses Bereichs liegende Bestandsbebauung nicht denkmalrechtlichen Regelungen unterliegt, ist eine vollständige Neubebauung möglich.“ ist gemäß der Einstufung des gesamten Geltungsbereichs des B-Plans als denkmalgeschützte „Sachgesamtheit Opel-Altwerk“ falsch und demnach zu streichen.“

wird einstimmig bei 2 Stimm-Enthaltungen **beschlossen**.

Punkt 4.):

Punkt 4.) des Antrages der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:

„4.) Das beim Erörterungstermin mit dem Landesamt für Denkmalschutz am 8.7.2020 erzielte „Einvernehmen“ ist den Stadtverordneten sofort zur Verfügung zu stellen. Das zu erarbeitende denkmalschutzfachliche Gesamtkonzept (s. städtebaulicher Vertrag , § 6.2) ist der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegen.

wird einstimmig bei 7 Stimm-Enthaltungen **beschlossen**.

Abstimmung über den Antrag 3. der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 30.08.2020 – Thema Fassadenbegrünung:

Der Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:

„Die Pflicht zur Fassadenbegrünung, sofern dies unter Beachtung des Denkmalschutzes, statischer oder anderer Vorgaben zulässig ist, (vgl. Städtebaulicher Vertrag § 6a.3) ist in den Begründungstext des B-Plans zu übernehmen.“

wird mit 33 Nein-Stimmen bei 10 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Abstimmung über den Antrag 4. der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 30.08.2020 – Thema Durchgang zur Hoffläche:

Der Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:

„Der Text des § 3.7c des städtebaulichen Vertrags („Zwischen einem Ersatzgebäude für B 19 und einem ggf. zu errichtenden neuen Gebäude in dem unmittelbar westlich angrenzenden Baufenster ist ein Durchgang zu der nördlich gelegenen Hoffläche zu schaffen.“) ist auch in den Begründungstext den B-Plans zu übernehmen.“

wird mit 33 Nein-Stimmen bei 10 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Abstimmung über den Antrag 5. der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität vom 30.08.2020 – Thema Städtebaulicher Vertrag:

Der Antrag der Fraktion Die Linke/Liste Solidarität:

„Jede Änderung am städtebaulichen Vertrag ist der Stadtverordnetenversammlung und den Ausschüssen PBUA und HuFA zur Debatte und Beschlussfassung vorzulegen.“

wird einstimmig **beschlossen**.

Abstimmung über die DS 742/16-21 einschl. der zuvor beschlossenen Änderungen:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit 40 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

1. Die zum Entwurf des Bebauungsplan Nr. 144, „Opel Forum Rüsselsheim - Motorworld“ während der erneuten Auslegung vom 14.04.2020 - 29.05.2020 und der sich anschließenden Verlängerung der Offenlage bis zum 26.06.2020 fristgerecht eingebrachten Anregungen und die während der erneuten Auslegung vom 06.07.2020 – 06.08.2020 fristgerecht eingebrachten Anregungen werden gem. Anlage 1 beschieden.
2. Aufgrund § 10 BauGB wird der Bebauungsplan Nr. 144 „Opel Forum Rüsselsheim – Motorworld“ bestehend aus dem Bebauungsplan und den textlichen Festsetzungen (Anlage 2) als Satzung und die Begründung gem. § 2 BauGB (Anlage 3) hierzu beschlossen.
3. Die bauordnungsrechtlichen Festsetzungen nach § 81 HBO werden in Verbindung mit § 9 Abs. 4 BauGB als Satzung beschlossen.
4. Der Geltungsbereich ist in der Anlage 4 dargestellt.
5. Herr Oberbürgermeister Bausch und Herr Stadtrat Kraft werden zur Unterzeichnung des städtebaulichen Vertrages ermächtigt.

Protokollnotiz:

Herr Stadtrat Kraft sagt zu, dass der Vermerk hinsichtlich des erzielten Einvernehmens mit dem Landesamt für Denkmalschutz dem Protokoll in der Anlage beigefügt wird.

Herr Stadtv. Vorsteher Grode stellt fest, dass sich Herr Stadtv. Michael Flörsheimer beleidigend geäußert hat gegenüber Herrn Stadtrat Kraft.

Herr Stadtv. Michael Flörsheimer sieht dies anders.

**TOP 24 Aktionsplan "Sichere Innenstadt"
DS-Nr. 747/16-21**

Zur DS 747/16-21 liegen folgende Änderungs-/Ergänzungsanträge vor:

1. Änderungsantrag der Fraktion WsR vom 09.09.2020
2. Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.09.2020
3. Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion (E-Mail) vom 03.09.2020

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion WsR vom 09.09.2020:

Herr Stadtv. Sert sowie Herr Stadtv. Krug beantragen Einzelabstimmung zu den jeweiligen Punkten des Änderungsantrages.

Punkt 1.:

Punkt 1. des Änderungsantrages der Fraktion WsR:

„Der Beschlussvorschlag wird folgendermaßen geändert:

1. Die Errichtung einer dauerhaften Innenstadtwache in einem bereits vorhandenen Gebäude. Hierzu ist der Stadtverordnetenversammlung bis zum November 2020 ein entsprechendes Konzept mit möglichen geprüften Standorten und der Darstellung von personellen und finanziellen Auswirkungen zur Beschlussfassung vorzulegen.“

wird mit 29 Nein-Stimmen bei 7 Ja-Stimmen und 3 Stimm-Enthaltungen **abgelehnt**.

Punkt 1a.:

Punkt 1a. des Änderungsantrages der Fraktion WsR:

„Der Beschlussvorschlag wird folgendermaßen geändert:

1a. Ziel der Stadt Rüsselsheim bleibt, die Innenstadtwache gemeinsam mit der Landespolizei, über das Konzept „Schutzmann vor Ort“ hinaus, dauerhaft zu betreiben.“

wird mit 32 Nein-Stimmen, 7 Ja-Stimmen und 3 Stimm-Enthaltungen **abgelehnt**.

Punkt 1b.:

Punkt 1b. des Änderungsantrages der Fraktion WsR:

„Der Beschlussvorschlag wird folgendermaßen geändert:

1b. Die unter Punkt F. als „alternatives Konzept“ bezeichnete Errichtung einer Containerwache als „Interimslösung“ auf den Bahnhofplatz wird abgelehnt.“

wird mit 28 Nein-Stimmen bei 14 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Punkt 1c.:

Punkt 1c. des Änderungsantrages der Fraktion WsR:

„Der Beschlussvorschlag wird folgendermaßen geändert:

1c. Stattdessen wird, wie unter Punkt F. vorgeschlagen, mit der Installation einer Videoüberwachungsanlage an ausgewählten Orten in der Innenstadt „die subjektive Sicherheitslage“ verbessert und nach Absprache mit der Landespolizei umgehend mit der Errichtung begonnen.“

wird mit 37 Nein-Stimmen bei 5 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Punkt 2.:

Punkt 2. des Änderungsantrages der Fraktion WsR:

„Der Beschlussvorschlag wird folgendermaßen geändert:

2. Den Magistrat damit zu beauftragen, ein Konzept für einen 24/7 – 365 Tage Einsatz der Stadt-, Hilfs- und Landespolizei zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung vorzulegen. Hierzu sind umgehend Gespräche mit dem Personalrat zu führen. Über den Stand dieser Gespräche ist in jeder Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu berichten.“

wird mit 37 Nein-Stimmen bei 5 Ja-Stimmen **abgelehnt**.

Abstimmung über den Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 03.09.2020:

Der Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Beschlussvorschlag wird unter Punkt 6. wie folgt ergänzt:

„Der Magistrat stellt im Rahmen der Umsetzung des Aktionsplanes eine enge Einbindung und Kooperation mit dem Gewerbeverein Rüsselsheim e. V. sicher.“

wird einstimmig bei 2 Stimm-Enthaltungen **beschlossen**.

Abstimmung über den Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.09.2020:

Der Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Der Beschlussvorschlag wird um folgende Punkte erweitert:

7. Mit informativen Veranstaltungsformaten und unter Beteiligung von u.a. externen Expert*innen und Wissenschaftler*innen soll das „gestörte subjektive Sicherheitsgefühl“ (S. 6 D) thematisiert und offensiv und präventiv aufgeklärt werden.

8. Es erfolgt eine jährliche Berichterstattung über die Umsetzung des Aktionsplans und seine evtl. Fortschreibung.

9. Streifen sollen im innerstädtischen Bereich zu Fuß oder mit dem Fahrrad erfolgen.

10. Ein aktives Vorgehen gegen Ordnungswidrigkeiten im Verkehr, Handel und Gastronomie muss entschieden und kontinuierlich erfolgen.“

wird einstimmig **beschlossen**.

Abstimmung über die DS 747/16-21 einschl. der zuvor beschlossenen Änderungen:

Herr Stadtv. Walczuch beantragt gesonderte Abstimmung zu Pkt. 1. des Beschlussvorschlages.

Herr Stadtv. Krug beantragt gesonderte Abstimmung zu den Punkten 1. und 2. des Beschlussvorschlages.

A. Kenntnisnahme

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass

1. durch die Teilnahme am Präventionsprojekt KOMPASS und die Revitalisierung des Präventionsrats Strukturen geschaffen wurden, um sich der Verbesserung der Sicherheitslage in der Innenstadt strukturiert anzunehmen.
2. die Handlungsintensität durch die Einrichtung einer Stabstelle „Sichere Innenstadt“ zusätzlich intensiviert wird.
3. die Fallzahlen im Vergleich der Kriminalitätsstatistik der letzten 10 Jahre in Relation zur Einwohnerzahl tendenziell gefallen sind und sich die objektive Sicherheitslage verbessert hat.
4. sich einzelne Vorfälle nichtsdestotrotz negativ auf das subjektive Sicherheitsgefühl auswirken. Und eine Zunahme von Regelverstößen und Ordnungswidrigkeiten, insbesondere in Fragen des Verkehrs und der Sauberkeit, diesen Effekt zusätzlich verstärkt.
5. die Verbesserung des subjektiven Sicherheitsgefühls und der Lebensqualität in der Innenstadt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.
6. der Magistrat einen Arbeitskreis Sicherheit, Sauberkeit und Erscheinungsbild der Stadt gegründet hat, um die Thematik umfassend anzugehen.

B. Beschlussvorschlag

Abstimmung zu Pkt. 1. des Beschlussvorschlages:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit 34 Ja-Stimmen bei 8 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgenden Punkt des Programms „Sicher. Sauber. Schön. Mein Rüsselsheim.“:

1. die Errichtung einer Innenstadtwache im vierten Quartal 2020. Hierzu ist der Stadtverordnetenversammlung zeitnah ein entsprechendes Konzept insbesondere mit der Darstellung von personellen und finanziellen Auswirkungen zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmung zu Pkt. 2. des Beschlussvorschlages:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit 39 Ja-Stimmen bei 3 Nein-Stimmen folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgenden Punkt des Programms „Sicher. Sauber. Schön. Mein Rüsselsheim.“:

2. den Magistrat damit zu beauftragen, ein Konzept für einen 24/7 - 365 Tage Einsatz der Stadt- und Hilfspolizei zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung vorzulegen.

Abstimmung über die Punkte 3 bis 10 des Beschlussvorschlages einschl. der zuvor beschlossenen Ergänzungen:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt folgende Punkte des Programms „Sicher. Sauber. Schön. Mein Rüsselsheim.“:

3. die Erhöhung der Reinigungsintervalle sowie die Verbesserung der Qualität der Reinigungsmaßnahmen in der Innenstadt.
4. den Magistrat mit der Erarbeitung eines Müllsammelkonzepts hinsichtlich der Standorte und des Fassungsvermögens der Müllsammelbehälter zu beauftragen.
5. die Wiedereinführung des „Flotten Fegers“ inklusive einer entsprechenden Hotline.
6. den Magistrat damit zu beauftragen, folgende Punkte zu prüfen:
 - Ausweitung Streetwork und Evaluation der Arbeit der Caritas
 - Beleuchtungskonzept in der Innenstadt inkl. Beleuchtung der Geschäfte
 - Belebung der Innenstadt durch verschiedenste (mobile) Angebote
 - bauliche/gestalterische Aufwertung der Innenstadt.*Der Magistrat stellt im Rahmen der Umsetzung des Aktionsplanes eine enge Einbindung und Kooperation mit dem Gewerbeverein Rüsselsheim e. V. sicher.*
7. *Mit informativen Veranstaltungsformaten und unter Beteiligung von u.a. externen Expert*innen und Wissenschaftler*innen soll das „gestörte subjektive Sicherheitsgefühl“ (S. 6 D) thematisiert und offensiv und präventiv aufgeklärt werden.*
8. *Es erfolgt eine jährliche Berichterstattung über die Umsetzung des Aktionsplans und seine evtl. Fortschreibung.*
9. *Streifen sollen im innerstädtischen Bereich zu Fuß oder mit dem Fahrrad erfolgen.*
10. *Ein aktives Vorgehen gegen Ordnungswidrigkeiten im Verkehr, Handel und Gastronomie muss entschieden und kontinuierlich erfolgen.*

TOP 25 Antrag der Fraktion UL vom 16.08.2020 - Bildung eines Akteneinsichtsausschusses

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktion UL zur Bildung eines Akteneinsichtsausschusses vor.

Es wird über die Eingrenzung der Thematik des Akteneinsichtsausschusses diskutiert.

Die CDU-Fraktion schlägt mit dem beigefügten Antrag folgende weitere Eingrenzung des Themas des zu bildenden Akteneinsichtsausschusses und Ergänzung des Antrages der Fraktion UL vor:

- *„Warum wurde der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung nicht vollständig umgesetzt?“*
- *Wer hat die eigenständige Änderung im städtebaulichen Vertrag getätigt bzw. zu verantworten?“*

Herr Stadtv. Krug schlägt folgende Ergänzung des Antrages der Fraktion UL vor:

„Zweck ist die Klärung der Verantwortlichkeiten für die Einfügung der beiden §§ 5.6 und 5.7 in den städtebaulichen Vertrag nach dessen Verabschiedung in der Stadtverordnetenversammlung.“

Nach eingehender Diskussion einigt sich die Stadtverordnetenversammlung darauf, den Antrag der Fraktion UL einschl. der Ergänzung des Herrn Stadtv. Krug wie folgt zur Kenntnis zu nehmen:

„Es wird ein Akteneinsichtsausschuss gebildet.“

Der Gegenstand der Einsicht sind alle Akten, Dokumente sowie sonstige Unterlagen (Protokolle, Gesprächsnotizen u. ä.) betreffend Städtebaulichen Vertrag zwischen Stadt Rüsselsheim und den Firmen RAB GmbH & Co KG und RCD GmbH & Co KG.

Zweck ist die Klärung der Verantwortlichkeiten für die Einfügung der beiden §§ 5.6 und 5.7 in den städtebaulichen Vertrag nach dessen Verabschiedung in der Stadtverordnetenversammlung.“

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig, dass dem Akteneinsichtsausschuss 17 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung angehören sollen. Die Sitzverteilung der Fraktionen im Akteneinsichtsausschuss erfolgt analog der Sitzverteilung in den Fachausschüssen. Der Akteneinsichtsausschuss wird im Benennungsverfahren gebildet.

TOP 26 Antrag der Fraktion WsR vom 31.08.2020 - Einsicht in das vollständige Gutachten der Firma Dr. Hug Geoconsult GmbH zur Schadstoff Kontamination auf dem Gelände des Betriebshofes Rüsselsheim

Es liegt der beigefügte Antrag der Fraktion WsR vor.

Das vollständige Gutachten der Firma Dr. Hug Geoconsult GmbH wurde den Stadtverordneten am heutigen Sitzungstag per E-Mail über das Büro der Stadtverordnetenversammlung zur Verfügung gestellt.

Eine Abstimmung über den Antrag der Fraktion WsR erübrigt sich somit.

Nach eingehender Diskussion stellt Herr Stadtv. Karger den Antrag zur Geschäftsordnung auf Ende der Debatte, Ende der Rednerliste und Ende der Sitzung.

Frau Stadtv. Boukayeo stellt den Antrag zur Geschäftsordnung, über die noch offenen Tagesordnungspunkte ohne Aussprache zu beschließen.

Abstimmung über den Antrag zur Geschäftsordnung des Herrn Stadtv. Karger:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit 39 Ja-Stimmen bei 12 Nein-Stimmen das Ende der Debatte, das Ende der Rednerliste und das Ende der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

Die Sitzung endet somit um 22.10 Uhr.

Antrag Nr. 76

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**
RÜSSELSHEIM AM MAIN

Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim
Herr Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Rathaus
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Rüsselsheim, 9. Juli 2020

Antrag zur Verweisung

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt folgenden Antrag:

Der Magistrat legt der Stadtverordnetenversammlung eine Drucksache zur Beratung und Beschlussfassung vor, die die Angleichung der Standards der Stadt Rüsselsheim am Main und des Kreises Groß-Gerau im Bereich der Schulsozialarbeit zum Ziel hat.

Begründung:

Die Ausweitung der Schulsozialarbeit auch auf die Gymnasien ist dringend notwendig und wird schon lange gefordert. Der Kreis hat nun diesen Ausbau beschlossen und die Standards insbesondere an den Grundschulen erhöht.

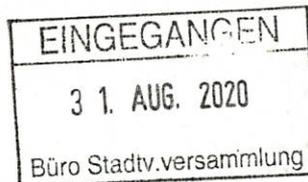
Gleiche Standards wie im Kreis müssen auch in Rüsselsheim gelten, um Chancengleichheit zu gewährleisten. Alle Kinder haben das Recht auf eine optimale Förderung

die Grot Henkes

Maria Schmitz-Henkes
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Die Linke / Liste Solidarität
Fraktionsbüro 314
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Tel. Heinz-Jürgen Krug: (06142) 561445
E-Mail: fraktion@liste-solidaritaet.de



DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

30.08.2020

An das
Büro der Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Fr. Breunig

Antrag zu DS 742 (B-Planverfahren 144 „Opel Forum – Motorworld“)
Thema Bauanträge

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Sämtliche Bauanträge für den Geltungsbereich von B-Plan144 sind der Stadtverordnetenversammlung zur Debatte und Entscheidung vorzulegen.

Begründung:

Angesichts des in Anlage 1 der Drucksache immer wiederkehrenden Hinweises, dass es sich um einen Angebotsbebauungsplan handelt, der nur einen Rahmen festsetzt, der durch spätere Vorhaben gefüllt wird, muss explizit gesichert werden, dass die Stadtverordnetenversammlung bei einem stadtplanerisch so zentralen Projekt wie der Verwandlung des Opel-Altwerks in ein Stadtquartier und angesichts der historischen und stadtgestalterischen Bedeutung des als Gesamtheit denkmalgeschützten Ensembles, die Entscheidungshoheit über mit dem Bauanträgen verbundene eventuelle strukturelle Änderungen und Abrisse behält.

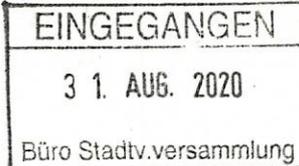
Für die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität



Heinz-Jürgen Krug

Die Linke / Liste Solidarität
Fraktionsbüro 314
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Tel. Heinz-Jürgen Krug: (06142) 561445
E-Mail: fraktion@liste-solidaritaet.de



DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

30.08.2020

An das
Büro der Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Fr. Breunig

Antrag zu DS 742 (B-Planverfahren 144 „Opel Forum – Motorworld“)
Thema Denkmalschutz

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

- 1.) In den Begründungstext (Anlage 3) und den städtebaulichen Vertrag (Anlage 5) werden die folgenden Formulierungen aufgenommen:
 - a) Die vom Denkmalschutzamt 2006 als Einzeldenkmal oder als prägend für die Gesamtanlage gekennzeichneten Gebäude dürfen weder in der Gebäudestruktur noch in der Außenansicht wesentlich geändert oder gar abgerissen werden.
 - b) Der gemäß der aktualisierten Bewertung des Denkmalschutzamts als Teil der denkmalgeschützten „Sachgesamtheit Opel-Altwerk“ zu betrachtende Hochbunker D20 ist angesichts seiner historischen Bedeutung zu erhalten.
- 2.) Die Kennzeichnung der vom Denkmalschutzamt 2006 als Einzeldenkmal oder als prägend für die Gesamtanlage gekennzeichneten Gebäude mittels Einzelanlagen, die dem Denkmalschutz unterliegen (Kulturdenkmal) im Sinne des §9 (6) BauGB ist in die Planzeichnung (Anlage 2) wieder aufzunehmen.
- 3.) Die im Begründungstext (Anlage 3), Abschnitt 3.3.2.2 verbliebene Formulierung „Da die innerhalb dieses Bereichs liegende Bestandsbebauung nicht denkmalrechtlichen Regelungen unterliegt, ist eine vollständige Neubebauung möglich.“ ist gemäß der Einstufung des gesamten Geltungsbereichs des B-Plans als denkmalgeschützte „Sachgesamtheit Opel-Altwerk“ falsch und demnach zu streichen.
- 4.) Das beim Erörterungstermin mit dem Landesamt für Denkmalschutz am 8.7.2020 erzielte „Einvernehmen“ ist den Stadtverordneten sofort zur Verfügung zu stellen. Das zu erarbeitende denkmalschutzfachliche Gesamtkonzept (s. städtebaulicher Vertrag, §6.2) ist der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegen.

Begründung:

Zu 1.) Angesichts des immer wiederkehrenden Hinweises, dass es sich um einen Angebotsbebauungsplan handelt, der nur einen Rahmen festsetzt, der durch spätere Vorhaben gefüllt wird und angesichts der vagen Formulierung zum Denkmalschutz „Um dem Nutzungskonzept vollumfänglich zu entsprechen, sollen in der konzeptionellen Projektplanung schützenswerte Bestandsbauten **baulich modernisiert und weiterentwickelt** werden, wobei Belange des Denkmalschutzes **zu berücksichtigen sind**“, ist diese Konkretisierung des Willens der Stadtverordnetenversammlung notwendig.

zu 2.) So auch in der Beschlussempfehlung zur Stellungnahme des Landesamts für Denkmalschutz (s. Anlage 1, S. 21) angekündigt, also offenbar aus Versehen gelöscht. Der Text in Anlage 1 lautet: „Im Plan sind die bislang **auf Grundlage der Untersuchung von**

2006 als besonders schützenswert bewerteten Gebäude **als Einzeldenkmale**, die dem Denkmalschutz unterliegen i.S. § 9 Abs. 6 BauGB **nachrichtlich übernommen.**“

zu 3.) und 4.): ist selbstverständlich

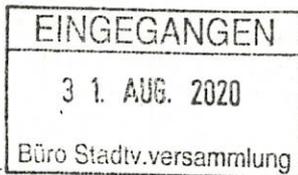
Für die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität

A handwritten signature in cursive script, reading "H.-Jürgen Krug". The signature is written in dark ink on a light-colored paper.

Heinz-Jürgen Krug

Die Linke / Liste Solidarität
Fraktionsbüro 314
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Tel. Heinz-Jürgen Krug: (06142) 561445
E-Mail: fraktion@liste-solidaritaet.de



DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

30.08.2020

An das
Büro der Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Fr. Breunig

**Antrag zu DS 742 (B-Planverfahren 144 „Opel Forum – Motorworld“)
Thema Fassadenbegrünung**

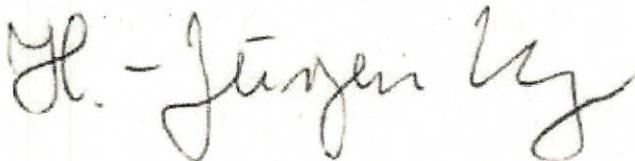
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Pflicht zur Fassadenbegrünung, sofern dies unter Beachtung des Denkmalschutzes, statischer oder anderer Vorgaben zulässig ist, (vgl. Städtebaulicher Vertrag §6a.3) ist in den Begründungstext des B-Plans zu übernehmen.

Begründung:

Bei einem nicht vorhabenbezogenen, sondern wie hier vorliegend Angebots-B-Plan ist der städtebauliche Vertrag nicht Teil des Satzungsbeschlusses. Daher ist diese von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Regelung auch in das satzungsrelevante Dokument zu übernehmen.

Für die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität



Heinz-Jürgen Krug

Die Linke / Liste Solidarität
Fraktionsbüro 314
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Tel. Heinz-Jürgen Krug: (06142) 561445
E-Mail: fraktion@liste-solidaritaet.de

EINGEGANGEN

3 1. AUG. 2020

Büro Städtv.versammlung

DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

30.08.2020

An das
Büro der Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Fr. Breunig

**Antrag zu DS 742 (B-Planverfahren 144 „Opel Forum – Motorworld“)
Thema Durchgang zur Hofffläche**

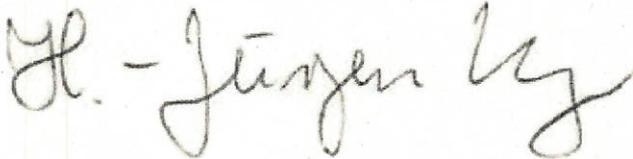
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Text des §3.7c des städtebaulichen Vertrags („Zwischen einem Ersatzgebäude für B 19 und einem ggf. zu errichtenden neuen Gebäude in dem unmittelbar westlich angrenzenden Baufenster ist ein Durchgang zu der nördlich gelegenen Hofffläche zu schaffen.“) ist auch in den Begründungstext des B-Plans zu übernehmen.

Begründung:

Bei einem nicht vorhabenbezogenen, sondern wie hier vorliegend Angebots-B-Plan ist der städtebauliche Vertrag nicht Teil des Satzungsbeschlusses. Daher ist diese wichtige Regelung auch in das satzungsrelevante Dokument zu übernehmen.

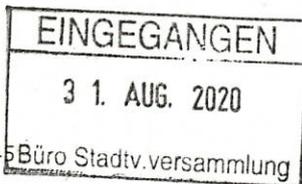
Für die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität



Heinz-Jürgen Krug

Die Linke / Liste Solidarität
Fraktionsbüro 314
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Tel. Heinz-Jürgen Krug: (06142) 561445 Büro Stadtv.versammlung
E-Mail: fraktion@liste-solidaritaet.de



DIE LINKE
Liste
SOLIDARITÄT

30.08.2020

An das
Büro der Stadtverordnetenversammlung
z.Hd. Fr. Breunig

**Antrag zu DS 742 (B-Planverfahren 144 „Opel Forum – Motorworld“)
Thema Städtebaulicher Vertrag**

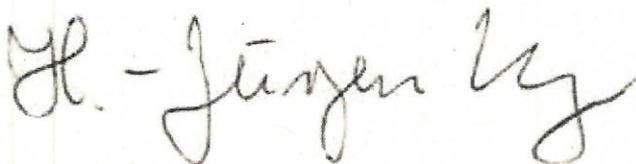
Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Jede Änderung am städtebaulichen Vertrag ist der Stadtverordnetenversammlung und den Ausschüssen PBUA und HuFA zur Debatte und Beschlussfassung vorzulegen.

Begründung:

Da bei einem Angebotsbebauungsplan der städtebauliche Vertrag nicht Bestandteil der Satzung ist, muss explizit gesichert werden, dass die Stadtverordnetenversammlung bei einem stadtplanerisch so zentralen Projekt wie der Verwandlung des Opel-Altwerks in ein Stadtquartier die Entscheidungshoheit über Änderungen am Inhalt des von ihr beschlossenen Vertrags behält.

Für die Fraktion Die Linke/Liste Solidarität



Heinz-Jürgen Krug



An das
Büro des Stadtverordnetenvorstehers
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim am Main



WsR-Fraktion
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

Tel.: 0179 234 99 22
E-Mail: fraktion@wirsindruesselsheim.de

Rüsselsheim, den 09.09.2020

Änderungsantrag zur Drucksache 747/16-21 Aktionsplan "Sichere Innenstadt"

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschlussvorschlag wird folgendermaßen geändert:

1. Die Errichtung einer dauerhaften Innenstadtwache in einem bereits vorhandenen Gebäude. Hierzu ist der Stadtverordnetenversammlung bis zum November 2020 ein entsprechendes Konzept mit möglichen geprüften Standorten und der Darstellung von personellen und finanziellen Auswirkungen zur Beschlussfassung vorzulegen.

1a. Ziel der Stadt Rüsselsheim bleibt, die Innenstadtwache gemeinsam mit der Landespolizei, über das Konzept „Schutzmann vor Ort“ hinaus, dauerhaft zu betreiben.

1b. Die unter Punkt F als „alternatives Konzept“ bezeichnete Errichtung einer Containerwache als „Interimslösung“ auf den Bahnhofsplatz wird abgelehnt.

1c. Stattdessen wird, wie unter Punkt F vorgeschlagen, mit der Installation einer Videoüberwachungsanlage an ausgewählten Orten in der Innenstadt „die subjektive Sicherheitslage“ verbessert und nach Absprache mit der Landespolizei umgehend mit der Errichtung begonnen.

2. Den Magistrat damit zu beauftragen, ein Konzept für einen 24/7 - 365 Tage Einsatz der Stadt-, Hilfs-, und Landespolizei zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung vorzulegen. Hierzu sind umgehend Gespräche mit dem Personalrat zu führen. Über den Stand dieser Gespräche ist in jeder Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses zu berichten.

Punkt 3 bis 6 bleiben unverändert.

Begründung:

Die Vorlage 747 ist in weitem Teilen durch Aktionismus geprägt und fällt deutlich hinter die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung seit dem November 2016 zurück. Die vom Parlament beauftragten Konzepte zu Beleuchtung, Müllentsorgung, baulichen Maßnahmen, Streetwork und Ausweitung der Bestreifung durch die Stadtpolizei in den Abend- und Nachtstunden zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens und der objektive Sicherheitslage wurden weder unter dem verantwortlichen CDU Dezernenten noch unter der aktuellen Administration erarbeitet oder gar umgesetzt.

Zu 1.:

Die vorgeschlagene Interimslösung mit einer Containerwache auf dem Bahnhofplatz lehnen wir ab. Sie ist unnötig teuer, kontraproduktiv in Bezug auf das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung und schadet dem Image der Innenstadt. Es ist absurd anzunehmen, dass z.B. Reisende, die das Bahnhofsgebäude verlassen und als ersten Eindruck von Rüsselsheim eine Polizeiwache in einer Containeranlage sehen, sich sonderlich sicher fühlen.

Zudem würde durch die Containeranlage der ohnehin gestalterisch schwierige Platz noch stärker verschandelt.

Ziel muss es sein, die Wache „organisch“ in ein vorhandenes Gebäude in der Innenstadt zu integrieren und auch durch ihre architektonische Gestaltung Vertrauen in die Arbeit der Polizei zu vermitteln.

Der 24-Stunden Betrieb einer Wache in der Innenstadt macht erheblich mehr Sinn, wenn dieser gemeinsam mit der Landespolizei stattfindet. Der Beitrag der Landespolizei muss damit deutlich über das Konzept „Schutzmann vor Ort“ hinaus gehen. Der Magistrat bleibt aufgefordert, hierzu regelmäßig bei der Landesregierung vorstellig zu werden.

Zu 1c.:

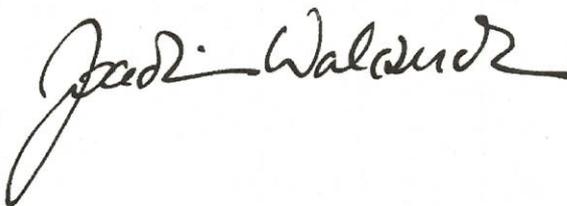
Die temporäre Videoüberwachung durch die Landespolizei am Bahnhofplatz hat gezeigt, dass sich dieses Mittel bewährt hat und geeignet ist, die Polizei bei ihrer Arbeit zu unterstützen und das subjektive Sicherheitsempfinden der Passanten deutlich zu erhöhen.

Zu 2:

Bereits 2016 wurden die Ausweitung der Fußstreifen in der Innenstadt bis 24 Uhr beschlossen, aber leider nicht umgesetzt. Den jetzt vorgeschlagenen „24/7 - 365 Tage Einsatz“ begrüßen wir, allerdings müssten hierzu zunächst erfolgreiche Verhandlungen mit dem Personalrat geführt werden.

Um sicherzustellen, dass diese Gespräche überhaupt stattfinden ist nach den negativen Erfahrungen der Vergangenheit eine umfassende Berichtspflicht über den Fortgang der Verhandlungen zu implementieren.

Mit besten Grüßen aus Rüsselsheim





Rüsselsheim 01.09.2020

Ergänzungsantrag zur DS 747, Aktionsplan „Sichere Innenstadt“

Der Beschlussvorschlag wird um folgende Punkte erweitert:

7. Mit informativen Veranstaltungsformaten und unter Beteiligung von u.a. externen Expert*innen und Wissenschaftler*innen soll das „gestörte subjektive Sicherheitsgefühl“ (S.6 D) thematisiert und offensiv und präventiv aufgeklärt werden.
8. Es erfolgt eine jährliche Berichterstattung über die Umsetzung des Aktionsplans und seine evtl. Fortschreibung
9. Streifen sollen im innerstädtischen Bereich zu Fuß oder mit dem Fahrrad erfolgen
10. Ein aktives Vorgehen gegen Ordnungswidrigkeiten im Verkehr, Handel und Gastronomie muss entschieden und kontinuierlich erfolgen.

Stark

EINGEGANGEN

17. AUG. 2020

Büro Stadtv.versammlung

Unabhängige Liste - UL

ökologisch - sozial - basisdemokratisch

Rüsselsheim, 16.08.2020

Antrag Bildung eines Akteneinsichtsausschuss, zur
sofortigen Beschlussfassung:

Es wird ein Akteneinsichtsausschuss gebildet.

Der Gegenstand der Einsicht sind alle Akten, Dokumente sowie sonstige Unterlagen (Protokolle, Gesprächsnotizen u.ä.) betreffend Städtebaulichen Vertrag zwischen Stadt Rüsselsheim und den Firmen RAB GmbH & Co KG und RCD GmbH & Co KG,

Zweck ist die Klärung der Verantwortlichkeiten für die Einfügung der beiden §§ 5.6 und 5.7 in den Städtebaul. Vertrag nach dessen Verabschiedung in der StVV.
Begründung: erfolgt mündlich

Für die Fraktion Unabhängige Liste - UL



Michael Flörsheimer

Stadtverordneter/Fraktionsvorsitzender

An den
Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

**CDU Fraktion
in der
Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Rüsselsheim am Main**

**Fraktionsvorsitzender
Matthias Metz**
Rathaus/Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim am Main

fraktion@cdu-ruesselsheim.de
www.cdu-ruesselsheim.de

Rüsselsheim am Main, 10.09.2020

Antrag der CDU - Fraktion Rüsselsheim am Main

> **TOP 27 der 43. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung**
(Donnerstag, den 10.09.2020 / 18:00 Uhr)

**„Antrag der Fraktion UL vom 16.08.2020
- Bildung eines Akteneinsichtsausschusses“**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Akteneinsichtsausschuss befasst sich mit folgenden Fragestellungen:

- Warum wurde der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung nicht vollständig umgesetzt?
- Wer hat die eigenständige Änderung im städtebaulichen Vertrag getätigt bzw. zu verantworten?

Begründung:

erfolgt mündlich


Matthias Metz
Fraktionsvorsitzender

EINGEGANGEN
17. AUG. 2020
Büro Stadtv.versammlung

Unabhängige Liste - UL

ökologisch - sozial - basisdemokratisch

Rüsselsheim, 16.08.2020

Antrag Bildung eines Akteneinsichtsausschuss, zur
sofortigen Beschlussfassung:

Es wird ein Akteneinsichtsausschuss gebildet.

Der Gegenstand der Einsicht sind alle Akten, Dokumente sowie sonstige Unterlagen (Protokolle, Gesprächsnotizen u.ä.) betreffend Städtebaulichen Vertrag zwischen Stadt Rüsselsheim und den Firmen RAB GmbH & Co KG und RCD GmbH & Co KG.

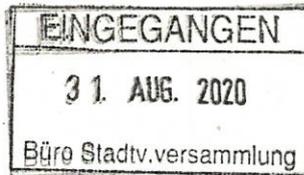
Begründung:
erfolgt mündlich

Für die Fraktion Unabhängige Liste - UL



Michael Flörsheimer

Stadtverordneter/Fraktionsvorsitzender



An
das Büro des
Stadtverordnetenvorstehers
Marktplatz 4

65428 Rüsselsheim



WsR-Fraktion
Marktplatz 4
65428 Rüsselsheim

Telefon: 0179 383 62 115
E-Mail: fraktion@wirsindruesselsheim.de

Rüsselsheim, den 31.08.2020

**Antrag nach §18 der Geschäftsordnung der Stadtverordneten-
versammlung Rüsselsheim**

Zur Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung am 10. September
2020

**Einsicht in das vollständige Gutachten der Firma Dr. Hug
Geoconsult GmbH zur Schadstoff Kontamination auf dem
Gelände des Betriebshofes Rüsselsheim**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Gutachten der Firma Dr. Hug Geoconsult GmbH zur Schadstoff
Kontamination auf dem Gelände des Betriebshofes Rüsselsheim wird allen
Stadtverordneten unverzüglich und vollständig für ihre politische Arbeit zur
Verfügung gestellt.

Begründung:

In der Antwort auf die Anfrage 103 des Stadtverordneten Prof Dr. Flörsheimer zur
Schadstoffbelastung der Böden auf dem Gelände des Betriebshofes Rüsselsheim
wird ein Gutachten der Firma Dr. Hug Geoconsult GmbH zitiert. Die Bitte der WsR
Fraktion das vollständige Gutachten in Kopie zu erhalten, wurde vom
Oberbürgermeister mit folgender für uns nicht nachvollziehbarer Begründung
abgelehnt:

*„(es sei) nicht erkennbar ..., weshalb einer einzelnen Fraktion ein Gutachten
ohne Angabe von Gründen übermittelt werden soll. Der Hintergrund der
Anfrage ist nicht erkennbar. Da nicht ersichtlich ist, wofür die Daten des
Gutachtens Verwendung finden sollen, ist eine Übermittlung nicht möglich.“*



Laut HGO müssen Anfragen nicht begründet werden. Dem Oberbürgermeister steht es auch frei, das vollständige Gutachten an alle Fraktionen zu verschicken, wie es seit jeher Gepflogenheit ist. Es ist auch nicht notwendig, dass der Magistrat oder in diesem Fall der Oberbürgermeister „den Hintergrund einer Anfrage erkennen“ kann. Es ist selbstverständlich, dass die WsR Fraktion die vollständigen Daten des Gutachtens für ihre politische Arbeit zum Wohle der Stadt Rüsselsheim und ihrer Einwohnerinnen und Einwohner verwenden wird.

Da diese unnötige Verschärfung der Informationsfreigabe selbst für rüsselsheimer Verhältnisse ungewöhnlich ist und eine Antwort auf eine formelle Anfrage nach §22 der Geschäftsordnung nach den bisherigen Erfahrungen nicht mehr vor der Kommunalwahl erfolgen wird, bittet die WsR Fraktion alle Stadtverordneten in diesem Fall um Solidarität, um die Informationsrechte des Parlamentes zu schützen.

Mit besten Grüßen aus Rüsselsheim

Joachim Waldner

